



Von der Gentech-Kritikerin zur Frauenrechtlerin. Die politischen Schwerpunkte der Baselbieter Bundespolitikerin, die 2012 den Nationalrat präsidierte, haben sich verschoben. Fotos Christian Merz

«Ich politisiere wahnsinnig gerne für die Region»

Grünen-Nationalrätin Maya Graf über ihr Interesse am Ständerat, das Lobbying beider Basel, Trump und Rigozzi

Von A. Paone und C. Keller

BaZ: Die Initiative von LDP-Nationalrat Christoph Eymann, welche die Vertretung des Baselbiets im Hochschulrat verlangte, ist letzte Woche im Nationalrat geflopt. Erstaunlicherweise haben die Bundesparlamentarier der Region Basel kaum dafür lobbyiert. Maya Graf, funktioniert die Zusammenarbeit von Stadt und Land immer noch nicht?

Maya Graf: Leider nein. Es ist ernüchternd. Seit ein paar Jahren haben wir auf der Baselbieter Verwaltung zwar eine Ansprechperson, die uns bei Bedarf zur Verfügung steht und Faktenblätter erstellt. Das ist ganz klar eine Verbesserung zu früher. Was aber nach wie vor nicht klappt, ist die Absprache zwischen den beiden Basel, genauso wenig das gemeinsame Lobbying. Christoph Eymann hat seine Initiative im Februar in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, in der wir beide sitzen, vorgestellt. Seither ist das Geschäft bekannt. Man hätte sich ja bei uns nach dem Datum erkundigen können, an dem es behandelt wird. Ein Anruf hätte genügt. Die Baselbieter Bildungsdirektion Monica Gschwind hat aber offensichtlich Mühe, Prioritäten zu erkennen und zu setzen. Ich vermisse hier die Regierungsführung.

Basel-Stadt macht sich stark fürs Baselbiet, obwohl die Beziehung zwischen den beiden Kantonen angespannt ist. Baselland würde von einem Hochschulratsitz nur profitieren. Die Kantonsregierung foutiert sich aber darum. Warum?

Das müssen Sie die Regierung oder am besten die Bildungsdirektorin fragen. Als fünftgrösster Zahler, der drei Institutionen massgeblich mitfinanziert, hat man Anrecht auf einen Hochschulratsitz. Es ist eine Notwendigkeit.

Wie erklären Sie dieses Verhalten der Bevölkerung der Region Basel?

Es ist schwierig zu erklären; auch wir sind ratlos.

Die neue Basler Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne) hat bereits im Wahlkampf angekündigt, dass sie sich vermehrt in Bern für die Region einsetzen will. Spürt man etwas davon?

Frau Ackermann hat das Parlament in dieser Session bereits besucht und mit uns Gespräche geführt. Das finde ich positiv. Überhaupt arbeite ich sehr gut mit Basel-Stadt zusammen und tausche mich gerne mit meinen Nationalratskolleginnen und Kollegen auch aus dem Nachbaranton aus.

Seit 16 Jahren vertreten Sie die Region im Nationalrat. Könnten Sie sich vorstellen, ab 2019 dieselbe Arbeit im Ständerat zu machen?

Das ist eine gute Frage, auf die ich oft angesprochen werde. (lacht) Im Moment lässt sich niemand in die Karten blicken. Bis zu den Nominierungen in zwei Jahren kann noch viel passieren. Auch wenn Sie auf ein Ziel hinsteuern; die Politik ist nie planbar. Das lehrt mich meine Erfahrung und

das macht es auch spannend. Der Ausgang der kantonalen Wahlen im Frühling 2019 wird mit Sicherheit ausschlaggebend sein, was bei den National- und Ständeratswahlen im Herbst passiert. Aber damit Sie trotzdem eine klare Antwort erhalten: Ich bin nach wie vor motiviert und mache wahnsinnig gerne Politik für die Menschen und die Region. Ich hoffe, das merkt man. Deshalb schliesse ich die Ständeratskandidatur nicht aus.

Mehr wollen Sie nicht verraten?

Zuerst wird immer parteiintern geplant, das ist wichtig, und daran sind wir. Die Ständeratswahl kann spannend werden, es wird viele Interessierte geben für den Ständerat.

Ein Sturm aufs Stöckli also?

Gibt es überhaupt eine Neuwahl – Claude Janiak ist nach wie vor unser allseits geschätzter Ständerat – wird wohl jede Partei die Chance packen. Eine Ständeratskandidatur kann auch für die Nationalratswahl sehr hilfreich sein.

Was würde Sie am Ständerat reizen?

Es ist zu früh, diese Frage heute zu beantworten. Sie geht schon in Richtung «Was wäre wenn...». Claude Janiak ist im Amt und hat einen möglichen Nicht-Wiederantritt bisher nicht thematisiert. Ich kann nur so viel sagen: Ich bringe viel Erfahrung mit. Als ehemalige Nationalratspräsidentin kenne ich den Parlamentsbetrieb in- und auswendig. Wenn man den Ablauf beider Kammern kennt, kann man das Maximum rausholen. Ich bin sehr gut vernetzt und habe dadurch einen guten Zugang zu allen Fraktionen.

Würden Sie nochmals für den Nationalrat kandidieren?

«Die Baselbieter Bildungsdirektorin hat offensichtlich Mühe, Prioritäten zu setzen.»

Das kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Die Partei hat soeben die Planung aufgenommen. Wir müssen die Entwicklungen abwarten und dann entscheiden. Eine Regierungratskandidatur schliesse ich hingegen dezidiert aus. Ich bin durch und durch eine Parlamentarierin.

Könnten Sie sich auch vorstellen, ganz aufzuhören mit der Politik?

Bei der Planung muss man alle Fragen berücksichtigen, auch diese.

Wir stellen diese Frage, weil Sie als Grüne eigentlich alle Ziele erreicht haben. Die Energiestrategie 2050 wurde vom Volk angenommen.

Tatsächlich war das ein Meilenstein für die grüne Politik. Wir haben 35 Jahre lang dafür gekämpft. Die Schweiz hat mit der Energiewende den richtigen Weg eingeschlagen, weg von der Atomkraft und vom Öl, hin zu erneuerbaren Energien, zu einer sauberen, dezentralen Energieversorgung. Mancher hat am Abstimmungssonntag geweint. Ich

habe mit meiner Tochter auf ihre Zukunft angestossen. Wir haben die Kurve gekriegt für die nächsten Generationen, sind aber erst auf halbem Weg. Jetzt geht es um die Umsetzung. Wir Grünen sind nicht nur der «Ökomotor», der neue Ideen lanciert, sondern auch der Garant dafür, dass umgesetzt und gehandelt wird. Und es muss noch vieles erfüllt werden: Es bestehen noch keine Abschalttermine für unsere alten AKW, die Sicherheit ist ein Problem und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist nach wie vor nicht gelöst. Ausserdem müssen wir im Klimaschutz vorwärts machen, wir haben nicht mehr viel Zeit.

Ein gutes Stichwort. Wenige Tage nach der Annahme der Energiestrategie hat USA-Präsident Donald Trump das Pariser Klimaabkommen gekündigt. Was bringt uns jetzt die teure Übung noch?

Ich betrachte das nüchtern. Trumps Entscheid ist nicht so schlimm wie auf den ersten Blick. Immerhin haben 147 Staaten das Abkommen unterschrieben.

Aber nicht die Grossen.

China und Indien sind dabei. Und nur die Hälfte der Amerikaner befürwortet Trumps Entscheid. Es könnte in den USA, aber vor allem in Europa einen Mobilisierungseffekt auslösen. Nach dem Motto: «Jetzt erst recht!» Wir verfolgen jetzt unsere Klimaziele, denn Wirtschaft, Innovation und die Menschen profitieren. Bereits schliessen sich Klimastädte rund um den Globus zusammen. Trumps Sieg von heute, ist seine Niederlage von morgen. Jetzt auf fossile Energien zu setzen, bedeutet einen ungeheuren Rückschritt. «Fossile» müssen wir hinter uns lassen.

Mit dem Film «Mais im Bundeshaus» wurden Sie landesweit als vehemente Gentech-Gegnerin bekannt. Heute werfen Ihnen Kritiker Profillosigkeit vor. Als Beleg wird etwa Ihr neuester Vorstoss genommen. Darin fragen Sie: «Wo ist die Schweizer Tropenwaldstrategie?» Sind Ihnen die Themen ausgegangen?

Ich weise die Kritik zurück. Tropenwaldschutz gehört schon lange in mein Dossier. 2001, als ich anfang, habe ich die Thematik von Christoph Eymann übernommen, der ein Freund von Bruno Manser war. Ich habe das Engagement für den Erhalt des Tropenwaldes im Parlament weitergeführt. Wir waren erfolgreich, heute muss beispielsweise Holz eine Herkunftsdeklaration vorweisen. Ich stehe mich nach weiteren Themen fragen: Die Fair-Food-Initiative der Grünen wird im September im Nationalrat behandelt. Damit wollen wir erreichen, dass auch importierte Lebensmittel, die die Hälfte unseres Essens ausmachen, Nachhaltigkeitsstandards haben. Heute stammt Importfleisch oft aus Massentierhaltung, das geht zu Lasten von Mensch, Tier und Umwelt. Ich bin Co-Präsidentin und freue mich, diese Initiative zur Abstimmung zu bringen.

Dennoch ist es auffällig, wie sich der Schwerpunkt Ihres politischen Wirkens

verlagert hat. Ihr Fokus gilt inzwischen stark der Gleichstellung. Der Blick hat Sie kürzlich als «Ober-Feministin» bezeichnet.

Zeitungstitel zeigen ja selten auf, was tatsächlich ist. Eine Feministin war ich aber schon immer. Gleichstellung war damals einer der Gründe, weshalb ich den Grünen beigetreten bin. Vor zwei Jahren habe ich das Präsidium der «Schweizer Allianz Gentechfrei» abgegeben – und erhielt die Anfrage, als Co-Präsidentin beim Frauendachverband «Alliance F» mitzuwirken. Ich sah darin eine neue Herausforderung. Übrigens ist es recht frech, mich als «Ober-Feministin» zu bezeichnen. Da schwingt Provokation mit, das ist auch gut. Von Männern bekomme ich denn auch die eine oder andere böse E-Mail.

Tatsächlich? Was schreiben die verärgerten Herren denn so?

«Heute sitzen in den Verwaltungsräten mehrheitlich ältere Herren.»

Nicht so nette Sachen. Offenbar fühlen sie sich angegriffen, wenn sie sich mit starken Frauen konfrontiert sehen. Frauen, die Selbstverständlichkeiten fordern. Ich schreibe dann jeweils höflich zurück. Teilweise entsteht dadurch ein konstruktiver E-Mail-Austausch.

Sie fordern mit einer parlamentarischen Initiative, dass die Geschlechter im Bundesrat «angemessen» vertreten sind. Vergangenen Mittwoch hat der freisinnige Bundesrat Didier Burkhalter seinen Rücktritt erklärt. Wer muss nun nachfolgen: Mann oder Frau?

Meine Initiative zielt genau auf den Prozess ab, der jetzt beginnt: Das Kandidatenkarussell dreht sich und es müssen dabei Kriterien erfüllt werden wie der Anspruch des Tessins oder der Romandie. Ebenso hat meiner Meinung nach die FDP nun die Aufgabe, die Bundesversammlung auch eine Bundesratskandidatin vorzuschlagen.

Ihnen ist aber bewusst: Ihre parlamentarische Initiative hat im Parlament keine Chance.

Das sehen wir dann, aber es spielt jetzt keine Rolle. Wichtig ist die Diskussion. Das Thema gehört so lange auf die Agenda, bis alle Fraktionen begriffen haben, dass sie bei Bundesratswahlen auch Frauen nominieren müssen. Darum geht es mir.

Bei allem Respekt: Es kann doch nicht sein, dass bei der Neubesetzung eines Bundesratssitzes das Geschlecht mehr gewichtet wird als die Kompetenz. Was die Schweizer Bevölkerung will, sind fähige Bundesräte. Ob Mann oder Frau spielt keine Rolle.

Einspruch. Stellen Sie dieselbe Frage, wenn wir im Parlament bei Bundesratswahlen darauf achten, dass mindestens zwei Romands in der Landesregierung vertreten sind? Ich verlange, dass bei der Zusammensetzung

des Bundesrates nicht nur auf die angemessene Vertretung der Regionen und Landessprachen, sondern auch der Geschlechter geachtet wird. Davon können auch die Männer profitieren. Wobei: Den besten Bundesrat hatten wir, als darin vier Frauen sass. Sie beschlossen den Atomausstieg. (lacht)

Wie beurteilen Sie die Situation in der Privatwirtschaft? Sind Sie eine Anhängerin von Frauenquoten in den Verwaltungsräten?

Aktuell läuft die Revision des Aktienrechts. Das Ziel ist es, den grösseren Unternehmen Vorgaben zu machen, damit eine gewisse Durchmischung erreicht wird. Im Minimum sollten ein Drittel der Verwaltungsräte Frauen sein. Heute sitzen in den Verwaltungsräten mehrheitlich ältere Herren. Und oft sitzen sie dort, weil sie Männer sind und ein machtvolles Netzwerk haben. Sind diese Verwaltungsräte tatsächlich immer ihren Aufgaben gewachsen? Studien belegen, dass die Kompetenzfrage leider nicht entscheidend ist, wenn es um die Neubesetzung eines Verwaltungsratspostens geht. Und Unternehmen wirtschaften erfolgreicher, wenn gemischte Teams auch in Führungspositionen arbeiten. Wir sind gemeinsam einfach besser.

Was sagen Sie zum ganzen Wirbel um Model und «Arena»-Co-Moderatorin Christa Rigozzi?

Da werden die typischen Stereotypen bedient. Wenn eine Frau schön ist, kann sie nicht geschiet sein. Auch in der Politik haben es junge Frauen noch immer viel schwerer, ernst genommen zu werden.

Aber nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen.

Ja, leider haben Sie recht. Wenn Frau oder Mann einen Menschen sieht, dann zählt beim Ersteindruck immer zuerst das Geschlecht. Dann läuft der ganze Film der Rollenklischees ab. Genau darum geht es: Wie gelingt es uns, die Persönlichkeit eines Menschen zu erfassen und dabei das Geschlecht bloss als eine Komponente unserer Einzigartigkeit zu betrachten?

Ist die Aufregung um Rigozzi für Sie ein Beleg dafür, dass die Gleichstellung nicht erreicht ist?

Eindeutig. Christa Rigozzi hat eine gute Ausbildung und macht als Moderatorin einen fähigen Eindruck. Ihre Werbemandate stehen aber möglicherweise in Konflikt mit dem «Arena»-Job. Nur: Da gibt es etwa mit Bernhard Russi ähnliche Beispiele aus der Männerwelt. Darüber wird jedoch nicht diskutiert. Extrem geärgert hat mich die herablassende Art, wie über Staatssekretärin Pascale Baeriswyl geschrieben wurde, als sie vom Bundesrat zur Staatssekretärin im Aussendepartement ernannt wurde. Sie sei eine «unerfahrene» Mitarbeiterin von Didier Burkhalter. Das ist eine Frechheit, über einen Mann wäre niemals in dieser Weise geschrieben worden.

Mitarbeit: I. Hausmann, Y. Freudiger